



Florian Toncar MdB

Newsletter 3/2007

Inhalt

- Deutscher Bundestag aktuell: S. 1
Florian Toncar – Arbeit in Berlin: S. 5
Florian Toncar – Arbeit im Wahlkreis: S. 7
Termine: S. 8

Berliner Büro
Florian Toncar MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227-74226
Fax: (030) 227-76226
E-Mail: florian.toncar@bundestag.de

Internetauftritt: www.toncar.de

Wahlkreisbüro
Florian Toncar MdB
Marktgässle 6/1
71032 Böblingen
Tel.: (07031) 43 64 626
Fax: (07031) 43 64 627
E-Mail: florian.toncar@wk.bundestag.de



Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie halten die dritte Ausgabe meines Newsletters in diesem Jahr in der Hand, in dem ich Sie über meine Arbeit im Bundestag und im Wahlkreis informiere.

Auf dem Kalender des Bundestages ist im Juli und August die Sommerpause vermerkt. Wenngleich der Parlamentsbetrieb in dieser Zeit weniger hektisch als üblich vonstatten geht, ruht die politische Arbeit nicht. Die FDP-Bundestagsfraktion hat die Zeit unter anderem dafür genutzt, ein umfassendes Deutschlandprogramm zu erarbeiten. Dieses Programm zieht Halbzeitbilanz der schwarz-roten Bundesregierung und unterbreitet liberale Vorschläge, wie Deutschland auf Reformkurs gebracht werden kann. Es ist unter www.deutschlandprogramm.de abrufbar.

Der Streit um Mindestlöhne, Schäubles Vorschläge zur Inneren Sicherheit, die geplante Privatisierung der Bahn und die Verlängerung der Afghanistan-Mandate der Bundeswehr dominierten Schlagzeilen und die politische Diskussion in Deutschland in den letzten Wochen. Meine Positionen zu diesen und anderen Themen lege ich Ihnen gern in diesem Newsletter dar. Ferner informiere ich auf meiner Homepage unter www.toncar.de/aktuelles über aktuelle Themen und meine Arbeit in Berlin und vor Ort im Wahlkreis. Alle im Newsletter erwähnten Dokumente können über mein Büro jederzeit bezogen werden.

Wenn Sie darüber hinaus Fragen oder Anregungen haben, kommen Sie gern direkt auf mich zu.

Ihr

Deutscher Bundestag aktuell

Streit um Mindestlöhne

Unter dem Druck der neuen Linkspartei, die eigentlich die alte SED/PDS ist, erhebt die SPD gebetsmühlenartig die Forderung nach Mindestlöhnen. Würde aber ein allgemeiner Mindestlohn Gesetz, wären nach Berechnungen des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung bis zu 621.000 Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich bedroht. Schon jetzt plant die Bundesregierung mit der Ausweitung des Entsendegesetzes, durch das das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eigenständig für bestimmte Branchen Arbeitsbedingungen (und somit auch Mindestlöhne) verordnen kann, einen ordnungspolitischen GAU. Ursprüngliches Ziel des Gesetzes von 1996 war es, insbesondere Lohndumping durch ausländische Arbeitnehmer im deutschen Baugewerbe zu verhindern. Die schwarz-rote Koalition hat eine Vereinbarung auf den Weg gebracht, dieses Gesetz über den im Koalitionsvertrag vereinbarten Bereich (das Gebäudereinigungshandwerk) hinaus auf weitere Branchen auszudehnen.

Der aktuelle Streit um Mindestlöhne bei den Postboten der Deutschen Post und privaten Briefzustellern ist ein Auswuchs dieses Beschlusses. Der im Eiltempo zwischen einem



Mit dem Konzept des „Liberalen Bürgergeldes“ bleibt mehr Netto vom Brutto.

von der Deutschen Post dominierten Arbeitgeberverband und der Gewerkschaft ver.di vereinbarte Mindestlohn geht zu Lasten zahlreicher neuer Anbieter, die sich ab Januar 2008 auch dem lukrativen Briefgeschäft zuwenden wollen. Hier sind in den letzten Jahren bereits neue Arbeitsplätze entstanden, die aber mit dem vorliegenden Mindestlohn unattraktiv würden.

Bei den Konkurrenten der Deutschen Post AG droht der Verlust von bis zu 50.000 Arbeitsplätzen, errechnete das Bundeswirtschaftsministerium. Allein dieses Beispiel zeigt, wie wenig zielführend die Einführung von Mindestlöhnen ist. Denn er sichert das Auskommen von Geringverdienern nicht, sondern nimmt ihnen stattdessen das Einkommen durch den Verlust des Arbeitsplatzes. Ein flächendeckender Mindestlohn ist eine pauschale und starre Lösung. Sie wird den vielfältig denkbaren, individuellen Lebensumständen von einkommensschwachen Menschen nicht gerecht. Daher tritt die FDP mit Nachdruck für das Modell des bedarfsorientierten Mindesteinkommens ein und hat mit dem „Liberalen Bürgergeld“ ein überzeugendes Konzept vorgelegt, mit dem sichergestellt würde, dass jeder Mensch in seinem existenziellen Bedarf abgesichert ist, ohne dass dabei Arbeitsplätze, vor allem in Niedriglohnbereich, gefährdet werden.

Zankapfel Erbschaftsteuer

Seit Wochen hören wir aus Koalitionskreisen immer neue Vorschläge, wie die Erbschaftsteuer künftig neu geregelt werden soll. Hintergrund ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts,

das fordert, dass bei Grundstücken künftig der Verkehrswert besteuert wird. Die Bundesregierung ist nunmehr gehalten, das Erbschaftsteuerrecht bis zum 31.12.2008 neu zu regeln.

Meiner Meinung nach besteht bei der Beibehaltung einer bundeseinheitlichen Regelung die Gefahr, dass angesichts der hohen Bodenwerte Erben im Südwesten besonders belastet werden. Daher sollte es den Ländern, denen die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer ohnehin zu 100% zufließen, auch möglich sein, das Erbschaftsteuerrecht selbst zu regeln.

Im Rahmen der Föderalismusreform II, die die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern reformieren soll, wird die FDP sich für dieses Ziel einsetzen. Besonders in Baden-Württemberg böte dies den Vorteil, den hohen Bodenwerten mit hohen Freibeträgen und niedrigen Steuersätzen begegnen zu können.

Darüber hinaus halte ich es für wichtig, ins Zentrum der Neuregelung der Erbschaftsteuer eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung zu stellen. Es kann nicht sein, dass ein gesundes Unternehmen oder ein gesunder Landwirtschaftsbetrieb nur wegen der Erbschaftsteuer verkauft werden muss. So setzt sich die FDP dafür ein, dass für vererbte Familienunternehmen, die vom Erben fortgeführt werden, zunächst keine Erbschaftsteuer erhoben wird und für jedes Jahr der Fortführung 10 % der Erbschaftsteuerschuld erlassen wird. So erhält man Familienunternehmen mitsamt der Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Schäuble schafft Verunsicherung statt Sicherheit

Nahezu wöchentlich meldet sich Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) mit neuen Plänen, die seiner Ansicht nach zu einer Verbesserung der Inneren Sicherheit in Deutschland führen: Einführung von Präventivhaft und eines Straftatbestandes der Verschwörung nach US-amerikanischem Vorbild, gezielte Tötungen von Verdächtigen durch den Staat, oder – so die jüngste Idee – die Schaffung eines deutschen Registers zur Erfassung der Daten



© Christian Thiel

Ginge es nach Schäuble, würde jeder Bürger permanent überwacht.

aller Ein- und Ausreisenden und die Erhebung der Daten von Flugpassagieren, die in den EU-Raum einreisen wollen. Schäubles Vorstellungen lesen sich wie eine Anleitung für den direkten Weg in den Überwachungsstaat. Selbst Horst Köhler gehen dessen gefährliche Gedankenspiele zu weit. In einem bislang einmaligen Vorgang erteilte der Bundespräsident Innenminister Schäuble im Sommer öffentlich eine Rüge. Die Kanzlerin hingegen nahm Schäuble insofern in Schutz, als dass sie äußerte, ihren

Ministern keine „Denkverbote“ aufzuerlegen. Eine klare Absage der Kanzlerin an diese gefährlichen Überlegungen wäre jedoch notwendig gewesen. Nicht zuletzt, weil sich Schäuble bereits in der Vergangenheit mit Forderungen Gehör verschaffte, die auf eine unverhältnismäßige Überwachung der Bürgerinnen und Bürger abzielen. So gehören die Online-Durchsuchungen von Computerfestplatten durch den Einsatz staatlicher Computerviren und der Einsatz der Bundeswehr im Innern als billige Hilfspolizei zu Schäubles „Dauerbrenner-Repertoire“.

Die Union und allen voran ihr Innenminister spielen ein unlauteres Spiel mit den Ängsten der Bürger vor terroristischer Bedrohung. Sie versuchen, diese Ängste zu instrumentalisieren mit dem Ziel die verfassungsrechtlichen Normen Schritt für Schritt umzudeuten, die einen übermäßigen staatlichen Eingriff in die Privatsphäre des Einzelnen verhindern sollen. Die Äußerungen von Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU), ein mit unschuldigen Passagieren besetztes und von Terroristen entführtes Flugzeug abschießen lassen zu wollen, obwohl das Bundesverfassungsgericht dies ausdrücklich verboten hat, fügen sich in dieses Bild. Auch Schäubles Aufforderung, „die verbleibende Zeit“ bis zum früher oder später unweigerlich in Deutschland stattfindenden Atomschlag zu genießen, ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Menschen verunsichert werden sollen. In diesem Klima möchte Schäuble einen stark am Vorbild der USA orientierten Anti-Terror-Krieg durchsetzen, wobei auch die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden soll.

Es ist unzweifelhaft, dass der Staat sich gegen Verbrechen und gegen drohende Verbrechen entschieden zur Wehr setzen können muss. Hierzu ist er bereits heute weitgehend in der Lage. Dort, wo echte Sicherheits-

lücken geschlossen werden müssen, hat die FDP in der Vergangenheit mitgemacht und wird es auch in Zukunft tun. Dass der Staat dabei bestimmten rechtlichen – und insbesondere verfassungsrechtlichen – Vorgaben unterliegt, ist eine demokratische Errungenschaft, die nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt darf. Unser Grundgesetz ist ganz bewusst so ausgestaltet worden, dass die Bürger weitreichende Freiheiten und Rechte genießen, die vom Staat nicht ohne weiteres eingeschränkt werden dürfen.

Schäubles Pläne hingegen stellen die Menschen unter Generalverdacht. Von einem Bundesinnenminister wird erwartet, dass er unsere Verfassung schützt und nicht, dass er sie preisgibt.

Die FDP wird sich weiterhin vehement dafür einsetzen, dass unser Grundgesetz und die Freiheitsrechte der Bürger nicht für eine vermeintliche Verbesserung der Sicherheit ange-tastet werden.

Verlängerung des ISAF-Mandats: Strategie-wechsel in Afghanistan unerlässlich

In Afghanistan ist aus Sicht der FDP die Um-setzung des auf dem NATO-Gipfel in Riga im Jahr 2006 beschlossenen und viel diskutierten Strategiewechsels der NATO unerlässlich. Ziel muss es sein, zivile Opfer zu vermeiden sowie den Wiederaufbau und die zivil-militärische Zu-sammenarbeit stärker voranzutreiben. Heute rächt es sich, dass die Wiederaufbaumaßnahmen in Afghanistan zu stark auf die Städte kon-zentriert wurden und sich zu wenig in der Flä- che des Landes bemerkbar machen. Jedoch müssen die Menschen in ganz Afghanistan deutlicher spüren, dass wir zu ihrer Unter- stützung da sind. Daher ist ein stärkerer zivil- militärischer Ansatz, wie ihn die FDP fordert, für Afghanistan dringend notwendig.



Bundeswehrfahrzeug der ISAF-Schutztruppe.

Allein mit militärischen Mitteln wird das Land nicht zu befrieden sein. Aber auch ein rein ziviler Ansatz würde nicht zum Ziel führen. Die Schaffung eines sicheren Umfeldes und der Wiederaufbau bedingen einander. Deshalb ist es weiterhin notwendig, dass die Bundeswehr zusammen mit unseren Bündnispartnern im Land bleibt. Der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan wäre nicht nur bündnispolitisch ein

falsches Signal. Denn wenn die internationale Staatengemeinschaft jetzt einfach abziehen würde, überließe sie das Land den Taliban. Damit würde Afghanistan wieder zum Rückzugs- und Ruheraum für Terroristen, die die Sicherheit weltweit bedrohen. Ein friedliches Afghanistan liegt daher auch in deutschem Interesse.

Momentan laufen zwei Mandate für die Bundeswehr: eines für die Operation Enduring Freedom (OEF) zur Terrorismusbekämpfung in Afghanistan und am Horn von Afrika, dessen Verlängerung im November im Bundestag diskutiert wird. Das Mandat für die Internationale Schutz- und Stabilisierungstruppe (ISAF) wurde bei dessen Verlängerung am 12. Oktober 2007 im Bundestag mit dem Mandat für die seit April 2007 im Einsatz befindlichen Aufklärungsflugzeuge des Typs „Tornado“ in Afghanistan zu einem ISAF-Mandat zusammengefasst.

Beide Mandate tragen einen wichtigen Teil zum Fortkommen in Afghanistan bei. So kann durch die Aufklärungsaktivitäten der Tornados ein Beitrag zur Verbesserung der Sicherheitslage geleistet werden. Das dient letztlich auch dem Schutz der dort stationierten Soldatinnen und Soldaten, aber auch der Zivilbevölkerung. Das Konzept der Wiederaufbauteams („PRT-Konzept“) im Rahmen der ISAF ist ein wirksames

Mittel, um die afghanische Regierung bei der Ausweitung ihres Einflusses auf die Provinzen zu unterstützen. Als gemeinsame militärisch-zivile Kommandos unterschiedlicher Größe bieten sie eine Alternative zu einer umfassenden internationalen Friedenspräsenz, die in Afghanistan aufgrund der Größe des Landes nicht in Frage kommt. Die Provincial Reconstruction Teams (PRTs) haben zahllose Wiederaufbauprojekte unterstützt, zwischen Konfliktparteien vermittelt, zur Entwaffnung afghanischer Milizen beigetragen, den Aufbau einer nationalen Polizei und der afghanischen Armee unterstützt und ganz allge-

mein durch Kontakte mit den Behörden und der jeweiligen Bevölkerung vor Ort zu einer Verbesserung des Sicherheitsumfeldes beigetragen. Die Bundeswehr in Afghanistan leistet damit einen nicht zu unterschätzenden Beitrag auf dem noch langen und steinigen Weg hin zu einem stabilen und friedlichen Afghanistan.

Libanon-Einsatz: Keine politischen Fortschritte bei UNIFIL erkennbar

Beim UNIFIL-Einsatz der Bundeswehr vor der Küste Libanons sind seit Beginn der Mission im letzten Jahr keine politischen Fortschritte erkennbar. Während die Marine an der Seegrenze Waffenschmuggel unterbindet, findet an der landseitigen Grenze weiter Waffenschmuggel statt. Zwischenfälle zwischen deutschen und israelischen Soldaten – wie von der FDP vor dem Einsatzbeginn befürchtet – wurden im letzten Jahr leider mehrfach Realität. Zum Glück verliefen diese stets glimpflich. Allerdings sind solche Zwischenfälle auch in Zukunft nicht ausgeschlossen. Die Mehrheit der FDP-Bundestagsfraktion hat daher gegen die Verlängerung des UNIFIL-Einsatzes gestimmt. In einem Entschließungsantrag (Bundestags-Drucksache 16/6331), forderte sie von der Bundesregierung eine politische Perspektive für das Land. Die libanesische Regierung muss in die Lage versetzt werden, die Grenzen selbst zu sichern. Deutschland leistet bereits bilaterale Unterstützung bei der Verbesserung der Grenzsicherung. So wird die libanesische Küstenwache in der Ausbildung und mit Ausrüstung unterstützt. Auch die Schaffung einer landseitigen Grenzsicherung wird unterstützt, jedoch mit nur acht Personen vor Ort. Das ist deutlich zu wenig. Die zivile Unterstützung des Libanon muss massiv ausgebaut werden, denn sie ist ein sinnvoller Beitrag für eine dauerhafte Lösung. Hier ist die Bundesregierung, aber auch die internationale Gemeinschaft in der Pflicht. Leider war das letzte Jahr in dieser Hinsicht ein verlorenes.

Auf dem falschen Gleis: Pläne der Bundesregierung zur Bahnprivatisierung

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn vorgelegt. Danach soll der Bund zwar juristischer Eigentümer des Schienennetzes bleiben, die Bahn übernimmt jedoch für zunächst 15 bis 18 Jahre die Bewirtschaftung und könnte somit auch Trassenentgelte für andere Bahnbetreiber festlegen. Der Entwurf sieht weiterhin vor, dass der Bund in 15 Jahren – will er das Netz als bundeseigenes Unternehmen weiter führen – der Bahn einen Wertausgleich zahlen muss.

Die vorgelegten Pläne bergen erhebliche Nachteile für die Verbraucher und gewaltige finan-

ziellen Risiken für den Steuerzahler. Die Bundesregierung läuft Gefahr, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf einen Fehler früherer Privatisierungen, etwa im Energiesektor, wieder aufzugreifen und Netz und Betreiber nicht zu trennen, indem sie die Infrastruktur bei der Bahn belässt und die Bahn insgesamt an die Börse bringt.

Wettbewerber der Bahn werden es also schwer haben. Dies geht zu Lasten der Bahnfahrer, da



Jetzt müssen die Weichen für eine vernünftige Bahnprivatisierung gestellt werden.

funktionierender Wettbewerb regelmäßig zu mehr Kundenorientierung bei günstigeren Preisen führt. Besonders gravierend ist, dass der Bund – will er das Netz als bundeseigenes Unternehmen weiterführen – mit 7,5 Mrd. Euro höchstwahrscheinlich einen höheren Preis zahlen muss, als die jetzt für die Hälfte des Gesamtkonzerns zu erwartenden Privatisierungserlöse, die sich zwischen 5 bis höchsten 8 Mrd. Euro bewegen werden. Es drohen also Milliardenverluste für den Steuerzahler, bzw. der Verlust des Schienennetzes. Der Wunsch, die Bahn an die Börse zu bringen, darf nicht zu einer solchen Verschleuderung von öffentlichem Vermögen führen.

Die FDP setzt sich für mehr Wettbewerb auf der Schiene ein. Dies kann unserer Meinung nach nur umgesetzt werden, wenn das Schienennetz staatlich bleibt, vom Bund ausgebaut und unterhalten sowie allen Anbietern zur Verfügung gestellt wird. Der Betrieb der Bahn, also der eigentliche Zugverkehr, sollte separat an die Börse gebracht werden. Da der Gesetzentwurf in der vorliegenden Form erhebliche Nachteile im Hinblick auf den Wettbewerb, die Stärkung der Schiene und die Entwicklung der Kosten für die Steuerzahler beinhaltet, werde auch ich auf keinen Fall zustimmen.

Florian Toncar – Arbeit in Berlin

Ein Jahr vor Olympia: Chinas Regierung muss ihren Teil der Abmachung einhalten

Ein Jahr vor Beginn der Olympischen Spiele in Peking ist von der versprochenen Verbesserung der Menschenrechtssituation in China nicht viel zu spüren. Die chinesische Regierung hatte bei ihrer Olympia-Bewerbung die „vollständige Freiheit der Berichterstattung“ zugesagt. Vor Ort arbeitende Journalisten berichten jedoch statt von einem „Pekinger Frühling“ über unverminderte Zensur der Medien und des Internets sowie die Behinderung ihrer Arbeit. Auch bei der Achtung von Minderheitenrechten, der Religions- und der Demonstrationenfreiheit bleibt Peking hinter seinen Ankündigungen zurück.

Es ist zu begrüßen, dass die Bundeskanzlerin bei ihrem Besuch in China im September das Thema Menschenrechte auf die Tagesordnung setzte. Ob die zahlreichen, von ausländischen Regierungen, Nichtregierungsorganisationen sowie Prominenten aus Kultur und Gesellschaft an China gerichteten Appelle den erhofften Erfolg bringen werden, muss sich zeigen. Schon jetzt erkennt die chinesische Führung, dass sie wegen der Olympischen Spiele 2008 unter genauer Beobachtung des Auslands steht. Wenn

Westen als politisches Instrument für eine dauerhafte Verbesserung der dortigen Menschenrechtssituation nutzen. Aus diesem Grund wären auch alle Forderungen nach einem Boykott der Olympischen Spiele vollkommen kontraproduktiv.

Um die Entwicklung der Menschenrechtssituation vor Ort besser beurteilen zu können, werden der Sportausschuss sowie der Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestages im Januar 2008 eine gemeinsame Expertenanhörung durchführen. Dann verbleiben noch sechs Monate bis zur Entzündung des Olympischen Feuers in Peking, in denen die deutsche Politik reagieren und von der chinesischen Führung das Abstellen der größten Defizite einfordern kann. Die FDP wird in dieser Frage sehr wachsam sein.

Völker hört die Signale: Lafontaine auf Kuba

Im August besuchte der Partei- und Fraktionsvorsitzende der Linken, Oskar Lafontaine, Kuba, um vor Ort mit Vertretern des kubanischen Regimes zusammen zu treffen und sich nach eigenen Angaben über das staatliche Bildungssystem zu informieren.

Als menschenrechtspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion erwarte ich, dass ein deutscher Politiker, der zu Gesprächen mit Vertretern einer diktatorischen Regierung zusammenkommt, auch deutliche Worte zur Menschenrechtssituation findet. Dass Lafontaine geschwiegen hat, kommt einem Skandal gleich. Vor allem vor dem Hintergrund, dass Kuba ein Land ist, in dem gegen Andersdenkende unglaublich brutal vorgegangen wird, Oppositionelle verfolgt und unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert werden. Zu diesen Zuständen der kubanischen Regierung

gegenüber die passenden Worte zu finden, ist von jedem Demokraten zu erwarten. Dass Lafontaine dies nicht getan hat, offenbart seine Gleichgültigkeit und seinen Zynismus. Darauf werden wir immer wieder hinweisen, gerade wenn die SED-Erben von der Linkspartei anderen erklären wollen, was ein Rechtsstaat ist.



China muss bis 2008 einen Spurt bei den Menschenrechten einlegen.

China diese Chance zur Verbesserung seines Ansehens in der Welt nutzen will, muss es deutliche und erkennbare Fortschritte bei der Achtung der Menschenrechte vorweisen, die auch über das Ende der Olympiade hinaus Bestand haben und nicht unmittelbar nach Abreise der ausländischen Athleten und Journalisten wieder zurückgenommen werden. Dieses öffentliche Scheinwerferlicht auf Peking muss der

Streumunition: Viele Worte, wenig Taten

Streumunition stellt wegen ihrer großflächigen Wirkung, die nicht zwischen militärischen und zivilen Zielen unterscheidet, und der hohen Zahl an Blindgängern auch noch lange nach dem Ende von Konflikten eine heimtückische Gefahr für die ansässige Bevölkerung dar. Am 28.09.2006 verabschiedete der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition einen Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD mit dem Titel „Gefährliche Streumunition verbieten – Das humanitäre Völkerrecht weiterentwickeln“ (Bundestags-Drucksache. 16/1995). Darin wird gefordert, dass die Bundeswehr auf Streumunition mit einer Blindgängerrate von über einem Prozent verzichten soll.

Die Bundesregierung hat bisher eine Veröffentlichung der konkreten Blindgängerraten der Streumunitionstypen in deutschen Beständen nicht vorgenommen. Demgegenüber erklären Nichtregierungsorganisationen und andere Experten, dass keiner der Streumunitionstypen in den Beständen der Bundeswehr das Kriterium einer Blindgängerrate unter 1% erfüllen. Die FDP-Bundestagsfraktion eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, um zu ermitteln, inwiefern die Bundesregierung seit dem letzten Jahr konkrete Schritte zur Umsetzung des Bundestagsbeschlusses unternommen hat.

Aus der Antwort der Bundesregierung geht hervor, dass bisher noch keine der als „für die Zivilbevölkerung gefährlich“ eingestuften Streumunition entsorgt wurde. Dies soll erst „im 2. Halbjahr 2007“ beginnen. Die Bundesregierung ist weiterhin nicht bereit, durch die Veröffentlichung konkreter Blindgängerraten Klarheit über die Qualität der deutschen Streumunition zu schaffen. Einem Eingeständnis, dass auch Streumunition mit einer Blindgängerrate von unter einem Prozent für die Zivilbevölkerung gefährlich sein kann, weicht die Bundesregierung durch Allgemeinplätze aus. Wenig hilfreich ist auch, dass die Bundesregierung zwar vorgibt, grundsätzlich für die Abschaffung aller Streumunition im Rahmen eines Verbots auf UNO-Ebene zu sein. Dabei verschweigt sie jedoch, dass ein weltweites Abkommen aufgrund des erklärten Widerstandes führender Produzentenstaaten von Streumunition auch mittelfristig politisch unrealistisch ist. Diese Hintertür soll es der Bundesregierung erlauben, an Streumunition festzuhalten.

Die FDP tritt für die komplette Abrüstung aller Streumunition in deutschen Beständen ein. Nur so kann Deutschland auf internationaler Ebene glaubhaft für ein Abkommen zur Ächtung dieser gefährlichen Waffen nach dem Vorbild der Ottawa-Konvention zum Verbot von Anti-Personenminen werben, die fest mit den Namen Klaus Kinkel verbunden ist.

Delegationsreise nach Bolivien & Paraguay

Im August habe ich an einer Delegationsreise der deutsch-südamerikanischen Parlamentariergruppe teilgenommen. Auf dem Programm standen politische Gespräche mit dem Präsidenten der Republik Bolivien, Evo Morales, seinem Außenminister, dem Umwelt- und dem Landwirtschaftsminister Paraguays, den Parlamentspräsidenten beider Länder und mit weiteren Abgeordneten der jeweiligen Parlamente.

In beiden Ländern findet derzeit eine Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung statt, ist das Deutschlandbild positiv besetzt, ist Deutschland wichtigster EU-Handelspartner und befindet sich die Gesellschaft, besonders stark in Bolivien, im Umbruch.



Florian Toncar bei Gesprächen in Paraguay.

In diesen Staaten ist der Weg hin zu stabilen Demokratien noch steinig. Die Armut in der Bevölkerung ist groß, das Vermögen einseitig verteilt, aber eine Aufbruchstimmung überall erkennbar.

Auch unter dem Aspekt der Sicherung unseres Rohstoffbedarfs in Europa sind die Beziehungen zu Bolivien und Paraguay wichtig, da dort Erdöl-, Erdgas- und Metallvorkommen lagern. Andere Staaten, insbesondere China, verschaffen sich derzeit, vor allem in Bolivien, eine Vorrangposition und laufen der EU, Deutschland, aber auch den USA den Rang ab.

Großes Potenzial liegt aber auch im stark landwirtschaftlich geprägten Paraguay, auch für die Biokraftstoffbranche. Deutsche Technologie wäre hier gefragt. Für eine Belebung der bilateralen Handelsbeziehungen in diesem Bereich stehen alle Türen offen.

Florian Toncar – Arbeit im Wahlkreis

Neues Wahlkreisbüro

Seit dem 1. August 2007 habe ich mein neues Wahlkreisbüro im Marktgässle 6/1 im Herzen Böblingens bezogen. Die geänderten Kontaktdaten finden Sie auf dem Titelblatt des Newsletters.

Alexandra Ott verstärkt als Leiterin des Wahlkreisbüros mein Team und ist ihre neue Ansprechpartnerin für Termine und Veranstaltungen im Kreis Böblingen und koordiniert die Besucherfahrten nach Berlin.



Frau Alexandra Ott, meine neue Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro.

Mein bisheriger Büroleiter Alfred Semmler wird sich im November in den Ruhestand verabschieden. Auch wenn er noch einige Wochen im Büro tätig ist und insbesondere noch eine Besucherfahrt nach Berlin begleiten wird, bedanke ich mich schon jetzt ganz herzlich für seine Aufbauarbeit im Wahlkreisbüro nach meiner Wahl 2005 und seinen großen Einsatz für meine politische Arbeit. Eine Eröffnungsfeier des neuen Büros wird am 30.11.2007 um 18 Uhr stattfinden. Die Einladung dazu wird Ihnen in Kürze zugehen.

Bilanz zur Halbzeit der schwarz-roten Bundesregierung ist ernüchternd

Zum Ende der politischen Sommerpause von Bundestag und Landtag haben Heiderose Berroth MdL und ich im Rahmen eines Pressegespräches mit Journalisten der im Kreis Böblingen vertretenen Zeitungen eine erste Bilanz gezogen.

Im Zentrum von zwei Jahren Große Koalition steht deren Uneinigkeit in fast jedem Politikbereich. Dies hemmt jegliche Handlungsfähigkeit, sinnvolle und nachhaltige Reformen umzusetzen, die wir in Deutschland dringend brauchen. Besonders das koalitionsinterne Ringen um die Gesundheitsreform hat gezeigt, dass eine in jeglicher Hinsicht unzureichende, teure und auf begrenzte Zeit angelegte Reform zustande kommt, wenn Politik auf Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners umgesetzt wird. Die Chance, eine strukturelle Reform des Gesundheitssystems umzusetzen, wie es die FDP fordert, hat man vertan.

Auch in der Haushaltspolitik ist trotz hoher Einnahmen als Folge der günstigen konjunkturellen Entwicklung und spürbarer Steuererhöhungen kein nachhaltiges Konzept der Bundesregierung erkennbar, wie die Staatsverschuldung abgebaut werden kann. Unsere Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung legen wir alljährlich im „Liberalen Sparbuch“ zusammengefasst und in entsprechenden Anträgen im Deutschen Bundestag vor.

Besonders die aktuelle Debatte um die Innere Sicherheit zeigt die Zerstrittenheit und Handlungsunfähigkeit der Großen Koalition in einem zentralen Politikfeld. Während der Bundesinnenminister unverhältnismäßige Eingriffe in die Privatsphäre, z.B. mit Online-Durchsuchungen, mit dem Verweis auf erhöhte Bedrohung durch den internationalen Terrorismus zu rechtfertigen versucht, betreibt die SPD innerhalb der Regierung Oppositionsarbeit.

Die Große Koalition hat den Vertrauensvorschluss in der Bevölkerung längst verspielt. Es ist erstaunlich, wie schnell sich die inhaltlichen Gemeinsamkeiten der Koalition erschöpft haben und die Koalitionäre in den vorzeitigen Wahlkampf eingestiegen sind. Es bleibt nunmehr abzuwarten, ob die Legislaturperiode regulär zu Ende geht oder ob vorgezogene Neuwahlen anberaumt werden.

Die FDP hingegen hat mit dem vorgelegten Deutschlandprogramm bewiesen, dass sie konstruktive Oppositionsarbeit betreibt. Das Programm kann im Internet unter www.deutschlandprogramm.de abgerufen oder in meinem Wahlkreisbüro bestellt werden.

Politisch engagierte Jugendliche zu Besuch im Berlin

Vom 03. bis 06. Oktober 2007 besuchte eine bunt gemischte Gruppe Jugendlicher Florian Toncar und das politische Berlin. Entgegen der landläufigen Meinung über die "politikverdrossene Jugend" sind alle der 15- bis 24-jährigen Teilnehmer nicht nur politisch interessiert, sondern auch engagiert.

Das Fazit der Fahrt nach Berlin fiel auf allen Seiten durchweg positiv aus und die Eindrücke der Reise werden den Teilnehmern gewiss noch lange in guter Erinnerung bleiben.



Die Fahrtteilnehmer auf der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes.

Mit Unterstützung durch das Bundespresse- und Informationsamt der Bundesregierung wurde ein interessantes Programm geboten. Neben einer Stadtrundfahrt, orientiert an politischen Gesichtspunkten, einem Vortrag im Plenarsaal des Deutschen Bundestages, dem Besuch der Ausstellung "Topographie des Terrors" und einem Besuch im ehemaligen Stasi-Untersuchungsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen, das dadurch besonders eindrucksvoll wurde, daß mit einer ehemaligen Inhaftierten eine Zeitzeugin die Gruppe führte und aus erster Hand informieren konnte, standen verschiedene Gespräche auf dem Programm.

Im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wurde die dortige Referentin von der Gruppe insofern überrascht, dass sie sich - angesichts der Gruppenzusammensetzung - auf jugendpolitische Themen "eingestellt" hatte, jedoch das Thema "Kinderbetreuung" bei den Fahrtteilnehmern auf größeres Interesse stieß. Der Themenkomplex "Jugendarbeitslosigkeit nach der Ausbildung" wurde im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) so intensiv diskutiert, dass der dortige Referent abschließend feststellte, dass er eine so engagierte und fundierte Gesprächsbereitschaft selten erlebe.

TERMINE

20. & 21.10.2007: Landeskongress der Jungen Liberalen Baden-Württemberg

Veranstaltungsort: Jugendherberge International in Stuttgart

27.10.2007, 10:00 Uhr: Sitzung des Landeshauptausschuss "Kultur" auf Schloss Salem am Bodensee

02. bis 04.11.2007: Bundeskongress der Jungen Liberalen in Köln

Veranstaltungsort: KölnTriangle (LVR-Turm), Ottoplatz 1, 50679 Köln

10.11.2007: FDP-Kreisvorsitzendenkonferenz in Hannover

16.11.2007, 20:00 Uhr: Podiumsdiskussion "Klartext" - Halbzeitbilanz zur Wahlperiode

Podiumsdiskussion aus der Reihe "Klartext" des Ev. Bildungswerks Esslingen. Thema: Halbzeitbilanz der aktuellen Wahlperiode. Veranstaltungsort: Ev. Gemeindehaus am Blarerplatz in Esslingen

24.11.2007, 14:00 Uhr: Bezirksparteitag der FDP Region Stuttgart

Veranstaltungsort: Restaurant "Blick Solitude", Solitudestraße 121 in 70499 Stuttgart